

Inhaltsübersicht

Vorwort

Inhaltsverzeichnis

Verzeichnis der Abkürzungen und der abgekürzt zitierten Literatur

Kapitel 1: Einführung (E. Huntemann)

- I. Entwicklung und Bedeutung der Insolvenzordnung
- II. Zeitlicher und räumlicher Geltungsbereich der Insolvenzordnung

Kapitel 2: Einleitung eines Insolvenzverfahrens

(C. Graf Brockdorff)

- I. Insolvenzfähigkeit
- II. Eröffnungsgründe
- III. Gerichtliche Zuständigkeit und Eröffnungsantrag
- IV. Entscheidung über die Eröffnung
- V. Rechtsfolgen der Abweisung mangels Masse
- VI. Rechtsmittel im Insolvenzeröffnungsverfahren
- VII. Kosten und Kostenschuldner im Insolvenzeröffnungsverfahren
(U. Liebelt-Westphal)

Kapitel 3: Anordnung von Sicherungsmaßnahmen

im Insolvenzeröffnungsverfahren

(C. Graf Brockdorff)

- I. Sinn und Zweck vorläufiger Sicherungsmaßnahmen
- II. Aufgaben des Insolvenzgerichts
- III. Einzelne Sicherungsmaßnahmen
- IV. Rechtsbehelfe gegen vorläufige Maßnahmen

Kapitel 4: Wirkung der Eröffnung des Insolvenzverfahrens

durch Erlaß des Eröffnungsbeschlusses

(I. Muráti-Laebe)

- I. Übergang der Verwaltungs- und Verfügungsbefugnisse
- II. Sonstige Pflichten und Beschränkungen des Schuldners und Dritter
- III. Leistungen an den Schuldner
- IV. Geltendmachung bestimmter Ansprüche durch den Verwalter
- V. Aufrechnung
- VI. Wirkung des Insolvenzverfahrens auf laufende Rechtsstreitigkeiten
- VII. Vollstreckungsverbote
- VIII. Gesellschaftsrechtliche Auswirkungen

Kapitel 5: Masseunzulängliche Verfahren (I. Muráti-Laebe)

- I. Keine die Kosten des Verfahrens deckende Masse
- II. Keine die übrigen Masseverbindlichkeiten deckende Masse
- III. Rechtsmittel gegen die Einstellung des Verfahrens

Kapitel 6: Stellung, Rechte und Pflichten des Insolvenzverwalters (E. Huntemann)

- I. Rechtsstellung des endgültigen Insolvenzverwalters
- II. Pflichten des Insolvenzverwalters
- III. Die Haftung des Insolvenzverwalters

Kapitel 7: Insolvenzanfechtung (E. Huntemann)

- I. Am Anfechtungsverfahren Beteiligte
- II. Geltendmachung und Erlöschen des Anfechtungsrechts
- III. Anfechtungstatbestände
- IV. Rechtsfolgen der Anfechtung

Kapitel 8: Gläubigerforderungen

- I. Masseansprüche (I. Muráti-Laebe)
- II. Eigentums- und insbesondere Sicherungsrechte Dritter im Insolvenzverfahren (U. Liebelt-Westphal)
- III. Insolvenzforderungen (I. Muráti-Laebe)
- IV. Forderungsanmeldung und Prüfungsergebnis (I. Muráti-Laebe)
- V. Klageweise Durchsetzung der Insolvenzforderungen (E. Huntemann)

Kapitel 9: Die Rechtsstellung der Arbeitnehmer in der Insolvenz (V. von Alvensleben)

- I. Allgemeines
- II. Fortbestand und Kündigung von Arbeitsverhältnissen
- III. Zum Zeitpunkt der Verfahrenseröffnung beendete Arbeitsverhältnisse
- IV. Der Arbeitnehmer in der Gläubigerversammlung

Kapitel 10: Die Gläubigerversammlung (H. Buck)

- I. Aufgaben und Befugnisse der Gläubigerversammlung
- II. Einberufung und Einberufungsfristen der Gläubigerversammlung
- III. Leitung der Gläubigerversammlung
- IV. Teilnahmeberechtigung an der Gläubigerversammlung

- V. Beschlußfassung in der Gläubigerversammlung
- VI. Ablauf der Gläubigerversammlung
- VII. Anleihegläubigerversammlung

Kapitel 11: Der Gläubigerausschuß (C. Graf Brockdorff)

- I. Bestellung oder Wahl eines Gläubigerausschusses
- II. Aufgaben und Befugnisse des Gläubigerausschusses
- III. Arbeitsweise des Gläubigerausschusses

Kapitel 12: Weitere Informations- und Mitwirkungsrechte der Gläubiger (C. Graf Brockdorff)

- I. Informationsrechte
- II. Auskunftspflicht des Verwalters
- III. Unterstützung und Überwachung des Verwalters
- IV. Kooperation mit anderen Gläubigern

Kapitel 13: Der Insolvenzplan (C. Graf Brockdorff)

- I. Planinitiativrecht, Planinhalt und Planverfahren
- II. Wirkungen und Folgen des bestätigten Planes und die Überwachung der Planerfüllung

Kapitel 14: Eigenverwaltung des Schuldners (E. Huntemann)

- I. Verfahren nach Eingang eines Eigenverwaltungsantrages
- II. Voraussetzungen der Eigenverwaltung gemäß § 270 InsO
- III. Rechtsstellung des Sachwalters
- IV. Befugnisse und Aufgaben des Schuldners
- V. Einflußmöglichkeiten und Rechte der Gläubiger
- VI. Aufhebung der Eigenverwaltungsanordnung

Kapitel 15: Beendigung des Insolvenzverfahrens (E. Huntemann)

- I. Aufhebung des Verfahrens und seine Voraussetzungen
- II. Einstellung des Verfahrens

**Kapitel 16: Die Restschuldbefreiung
(R. von Steinau-Steinrück)**

- I. Verfahren
- II. Materielle Voraussetzungen
- III. Wirkung

**Kapitel 17: Außergerichtliche Schuldenbereinigung
und Verbraucherinsolvenzverfahren
(C. Graf Brockdorff)**

- I. Anwendungsbereich und systematischer Aufbau der Verbraucherinsolvenzvorschriften
- II. Der außergerichtliche Schuldenbereinigungsplan
- III. Gerichtliche Schuldenbereinigung im Eröffnungsverfahren
- IV. Das vereinfachte (Verbraucher-)Insolvenzverfahren

**Kapitel 18: Nachlaßinsolvenzverfahren und sonstige
besondere Insolvenzverfahren
(C. Graf Brockdorff)**

- I. Das Nachlaßinsolvenzverfahren
- II. Insolvenzverfahren über das eheliche Gesamtgut

Inhaltsverzeichnis

1. Kapitel: Einführung

Vorbemerkung	1
I. Entwicklung und Bedeutung der Insolvenzordnung	1
1. Geschichte der Insolvenzordnung	2
2. Ziele der Insolvenzrechtsreform	3
II. Zeitlicher und räumlicher Geltungsbereich der Insolvenzordnung	4
1. Zeitlicher Anwendungsbereich der Insolvenzordnung	4
a) Bereits in Kraft getretene Normen	4
b) Sonstige Regelungen der Insolvenzordnung	5
2. Räumlicher Geltungsbereich	5

2. Kapitel: Einleitung eines Insolvenzverfahrens

Vorbemerkung	6
I. Insolvenzfähigkeit	8
1. Insolvenzfähigkeit natürlicher Personen	8
2. Insolvenzfähigkeit juristischer Personen	8
3. Insolvenzfähigkeit von Gesellschaften ohne Rechtspersönlichkeit	9
4. Insolvenzfähigkeit von Rechtsgebilden im Gründungsstadium	10
5. Insolvenzfähigkeit von Nachlaßvermögen und sonstigen Vermögensmassen	11
II. Eröffnungsgründe	11
1. Zahlungsunfähigkeit	12
2. Drohende Zahlungsunfähigkeit	15
3. Überschuldung einer juristischen Person	16
4. Überschuldung einer Gesellschaft ohne Rechtspersönlichkeit	19
5. Überschuldung eines Nachlasses	19
III. Gerichtliche Zuständigkeit und Eröffnungsantrag	20
1. Zuständiges Gericht	20
a) Amtsgerichtliche Zuständigkeit	20
b) Bestimmung des zuständigen Gerichts nach Wohnsitz oder Sitz	21
aa) Zuständigkeit für natürliche Personen	21
bb) Zuständigkeit für juristische Personen und Vermögensmassen	21
cc) Zuständigkeit für die Gesellschaft bürgerlichen Rechts	22
dd) Zuständigkeit für den Nachlaß	22

c) Folgen der Antragstellung bei einem örtlich unzuständigen Gericht	23
d) Zuständigkeit des Richters oder des Rechtspflegers	23
2. Antragstellung und Prüfung der Eröffnungsvoraussetzungen	24
a) Antragsberechtigung	24
aa) Antrag des Schuldners	24
bb) Antrag eines Gläubigers	25
b) Antragspflichtige	26
c) Zeitpunkt der Antragstellung bei Antragspflicht	27
d) Form und Inhalt des Antrages	27
aa) Form des Antrages	27
bb) Inhalt des Antrages	28
e) Rechtliches Interesse und Glaubhaftmachung	28
aa) Rechtliches Interesse an der Verfahrenseröffnung	28
bb) Begriff der Glaubhaftmachung	29
cc) Glaubhaftmachung durch den Gläubiger	30
dd) Glaubhaftmachung durch den Schuldner und sonstige antragsberechtigte Personen	31
ee) Rechtsfolgen fehlender Glaubhaftmachung	31
3. Rücknahme des Eröffnungsantrags	32
IV. Entscheidung über die Eröffnung	32
1. Amtsermittlungsgrundsatz, Anhörungspflichten des Gerichts und Auskunftspflicht des Schuldners	32
a) Amtsermittlungsgrundsatz	33
aa) Zulässigkeitsprüfung	33
bb) Feststellung eines Insolvenzgrundes	33
b) Anhörungspflichten	33
c) Auskunftspflichten des Schuldners im Eröffnungsverfahren	34
d) Verfahrenskostendeckung	35
e) Massekostenvorschuß	35
2. Beschlusshinhalt	36
a) Eröffnungsbeschluß	37
b) Abweisungsbeschluß	38
3. Bekanntmachung des Eröffnungsbeschlusses und Hinweispflichten des Insolvenzgerichts	38
4. Mitteilungen an Register- und Grundbuchämter	38
V. Rechtsfolgen der Abweisung mangels Masse	39
VI. Rechtsmittel im Insolvenzeröffnungsverfahren	39
1. Sofortige Beschwerde	40
a) Einlegung der sofortigen Beschwerde	40
b) Beschwerdeberechtigung	41
c) Wirkung der Einlegung der Beschwerde	43
d) Beschwerdefrist	43

2. Weitere Beschwerde	45
a) Einlegung der weiteren Beschwerde	46
b) Verletzung des Gesetzes	46
c) Sicherung einer einheitlichen Rechtsprechung	47
3. Vorlage zum Bundesgerichtshof	47
VII. Kosten und Kostenschuldner im Insolvenzeröffnungsverfahren	48
1. Kostenschuldner	48
a) Kostentragung des Schuldners	48
b) Kostentragung des antragstellenden Gläubigers	48
2. Gebührentatbestand und Gebührenanzahl	49
3. Wertberechnung	50
a) Gegenstandswert bei Schuldnerantrag	50
b) Gegenstandswert bei Gläubigerantrag	50
c) Gegenstandswert für die Berechnung der Gebühr für das Beschwerdeverfahren	51
4. Gebührenhöhe	51
5. Auslagen	52
6. Fälligkeit der Gebühren	52

3. Kapitel: Anordnung von Sicherungsmaßnahmen im Insolvenzeröffnungsverfahren

Vorbemerkung	54
I. Sinn und Zweck vorläufiger Sicherungsmaßnahmen	56
II. Aufgaben des Insolvenzgerichts	57
1. Gerichtlicher Beschluß	57
2. Voraussetzungen für die Anordnung von Sicherungs- maßnahmen	57
3. Amtsermittlungspflichten	58
4. Anhörung des Schuldners	58
5. Bekanntmachung/Registereintragungen	59
III. Einzelne Sicherungsmaßnahmen	59
1. Anordnung von Verfügungsbeschränkungen	60
a) Allgemeines Verfügungsverbot	60
b) Verfügung nur mit Zustimmung des vorläufigen Verwalters	61
2. Anordnung einer Postsperre	62
3. Bestellung eines vorläufigen Insolvenzverwalters	63
a) Rechtsstellung des vorläufigen Insolvenzverwalters	63
b) Bestellung durch das Insolvenzgericht	64
c) Der vorläufige Insolvenzverwalter ohne Verwaltungs- und Verfügungsbefugnis	65
d) Der vorläufige Insolvenzverwalter mit Verwaltungs- und Verfügungsbefugnis	67

4.	Einstellung von Zwangsvollstreckungsmaßnahmen	71
a)	Einstellungs-/ Untersagungsanordnung	71
b)	Keine Einstellung bei unbeweglichen Gegenständen	72
c)	Beendigung des Vollstreckungsschutzes	72
5.	Vorführung und Inhaftierung des Schuldners	73
6.	Sonstige in Betracht kommende Maßnahmen	73
a)	Siegelung von Gegenständen oder Räumen	73
b)	Verbot der Inbesitznahme von Sicherungsgut oder der Forderungseinziehung	74
c)	Kontensperre	74
7.	Aufhebung von Sicherungsmaßnahmen	74
IV.	Rechtsbehelfe gegen vorläufige Maßnahmen	75

4. Kapitel: Wirkung der Eröffnung des Insolvenz- verfahrens durch Erlaß des Eröffnungs- beschlusses

Vorbemerkung	79
I. Übergang der Verwaltungs- und Verfügungsbefugnisse	80
1. Übergang des Verwaltungs- und Verfügungsrechtes vom Schuldner auf den Verwalter	80
a) Das zur Insolvenzmasse gehörende Vermögen	80
b) Verwaltungs- und Verfügungsbefugnis	82
c) Zeitpunkt des Übergangs der Verwaltungs- und Verfügungsbefugnis	82
2. Verfügungsbefugnis des Verwalters bei relativen Veräußerungsverboten	82
3. Unwirksamkeit von Verfügungen des Schuldners	83
a) Unwirksamkeit von Verfügungen	83
b) Gutgläubiger Erwerb	84
c) Verfügung des Schuldners über künftige Forderungen	84
d) Verfügung des Schuldners am Tag der Eröffnung	85
4. Dem Schuldner verbleibende Befugnisse	85
5. Unwirksamkeit weiteren Rechtserwerbs	86
II. Sonstige Pflichten und Beschränkungen des Schuldners und Dritter	86
1. Auskunftspflicht des Schuldners und weiterer Personen	86
a) Auskunftspflicht des Schuldners	86
b) Umfang der Auskunftsverpflichtung	87
c) Auskunftspflicht Dritter	88
2. Unterstützungs pflicht	89
3. Zwangsweise Durchsetzung der Auskunftsverpflichtung des Schuldners	89

a) Eidesstattliche Versicherung	89
b) Anordnung der zwangsweisen Vorführung, Haft	90
c) Zwangsmittel gegen Dritte	91
4. Anordnung einer Postsperrre	91
a) Antrag auf Anordnung einer Postsperrre	91
b) Anhörung des Schuldners	92
c) Öffnungsbefugnis des Verwalters	92
d) Anordnung der Postsperrre gegen Dritte	92
e) Rechtsmittel	92
III. Leistungen an den Schuldner	93
IV. Geltendmachung bestimmter Ansprüche durch den Verwalter	94
1. Gesamtschaden	94
a) Gesamtschaden durch Handlungen des Schuldners oder Dritter	94
b) Gesamtschaden durch Handlungen des Verwalters	95
2. Persönliche Haftung der Gesellschafter	95
V. Aufrechnung	96
1. Aufrechnungsberechtigung vor Eröffnung des Insolvenzverfahrens	96
2. Aufrechnungseinschränkung nach Eröffnung	97
3. Aufrechnungsverbot nach Eröffnung	98
VI. Wirkung der Insolvenz auf laufende Rechtsstreitigkeiten	98
1. Auswirkungen der Übertragung der Verwaltungs- und Verfügungsbefugnis auf einen vorläufigen Insolvenzverwalter im Eröffnungsverfahren auf laufende Rechtsstreitigkeiten	99
2. Auswirkungen der Insolvenzeröffnung auf laufende Rechtsstreitigkeiten	99
a) Grundsatz: Unterbrechung	99
b) Voraussetzungen der Unterbrechung	100
c) Verfahren, die nicht unterbrochen werden	100
3. Fortführung der Aktivprozesse	100
4. Fortführung von Passivprozessen	101
a) Aus- und Absonderungsrechte; Masseforderungen	101
b) Insolvenzforderungen	102
VII. Vollstreckungsverbote	102
1. Maßnahmen der Einzelzwangsvollstreckung vor Verfahrenseröffnung	103
a) Erlangen einer Sicherheit	103
b) Zeitpunkt der Erlangung der Sicherheit	103
c) Von § 88 InsO betroffene Gläubiger	104
d) Rechtsfolge: Unwirksamkeit der Sicherung	104
2. Verbot von Maßnahmen der Einzelzwangsvollstreckung nach Eröffnung des Insolvenzverfahrens	104
a) Einzelzwangsvollstreckungsverbot für Insolvenzgläubiger	104
b) Einzelzwangsvollstreckungsmaßnahmen von Masse- gläubigern	105

aa) Beschränkung nach § 89 Abs. 2 InsO	105
bb) Beschränkung nach § 90 InsO	105
cc) Beschränkung nach § 210 InsO	106
3. Rechtsmittel gegen Maßnahmen der Einzelzwangsvollstreckung	106
VIII. Gesellschaftsrechtliche Auswirkungen	107
1. Insolvenz einer Gesellschaft oder eines Vereins	107
2. Insolvenz eines Gesellschafters	108

5. Kapitel: Masseunzulängliche Verfahren

Vorbemerkung	110
I. Keine die Kosten des Verfahrens deckende Masse	110
1. „Kosten des Verfahrens“	111
2. Kostenvorschuß	111
3. Verteilung der vorhandenen baren Mittel	112
4. Einstellung des Verfahrens	113
II. Keine die übrigen Masseverbindlichkeiten deckende Masse	113
1. Anzeige der Masseunzulänglichkeit	113
2. Fortsetzung der Verwaltung und Verwertung der Masse	114
3. Befriedigung der Massegläubiger	114
4. Zeitpunkt der Befriedigung der Massegläubiger	115
5. Einstellung des Verfahrens	116
III. Rechtsmittel gegen die Einstellung des Verfahrens	116

6. Kapitel: Stellung, Rechte und Pflichten des Insolvenzverwalters

Vorbemerkung	118
I. Rechtsstellung des endgültigen Insolvenzverwalters	118
1. Auswahl und Ernennung	119
a) Unabhängigkeit des Verwalters	119
b) Geschäftskundigkeit des Verwalters	119
c) Auswahlermessungen der Gerichte	119
d) Bestellung durch das Insolvenzgericht	120
e) Einflußmöglichkeiten der Gläubiger	120
2. Aufsichtspflicht und Sanktionsmöglichkeiten des Insolvenzgerichts	120
3. Rechtsnatur des Verwalteramts	122
a) Amtstheorie	122
b) Vertretertheorie	122
c) Organtheorie	122
d) Gesetzliche Vertretung kraft Amtes	122
II. Pflichten des Insolvenzverwalters	123

1.	Führen der Tabelle und Prüfung der angemeldeten Forderungen	123
	a) Aufnahme in Tabelle und Niederlegung der Tabelle	123
	b) Prüfung der Forderungen	124
	c) Prüfungstermin	125
	aa) Bestreiten der Forderungen	125
	bb) „Vorläufiges Bestreiten“	126
	cc) Nachträgliche angemeldete Forderungen	126
2.	Rechnungslegungspflichten des Verwalters	126
	a) Eröffnungsbilanz und Jahresabschlüsse	127
	b) Inventar	127
	c) Vermögensübersicht	128
	d) Planbilanz	128
	e) Schlußrechnung des Verwalters	129
3.	Beendigung und Abwicklung bestehender Schuldverhältnisse	130
	a) Wahlrecht der Erfüllung	130
	b) Gesicherte Ansprüche des Gläubigers	131
	c) Miet- und Pachtverhältnisse	132
4.	Verwaltung und Verwertung der Insolvenzmasse	132
	a) Übernahme und Sicherung der Insolvenzmasse	133
	b) Verwertungsmaßnahmen	133
	c) Gegenstände mit Absonderungsrechten	135
III.	Die Haftung des Insolvenzverwalters	135
1.	Voraussetzungen der Haftung	135
	a) Verletzung amtsspezifischer Pflichten	135
	b) Nichterfüllung von Masseverbindlichkeiten	136
	c) Verstoß gegen sonstige Pflichten	136
	d) Haftung für das Handeln anderer Personen	136
	e) Mitwirkendes Verschulden des Gläubigers	137
	f) Versicherungen	137
2.	Verjährung	137

7. Kapitel: Die Insolvenzanfechtung

Vorbemerkung	138
I. Am Anfechtungsverfahren Beteiligte	139
1. Anfechtungsberechtigter	139
2. Anfechtungsgegner	140
a) Nahestehende Personen	140
b) Rechtsnachfolger	140
II. Geltendmachung und Erlöschen des Anfechtungsrechts	141
1. Anfechtungserklärung	141
2. Erlöschen des Anfechtungsrechts	141
III. Anfechtungstatbestände	142
1. Kongruente Deckungen	142

2.	Inkongruente Deckungen	143
3.	Unmittelbar nachteilige Rechtshandlungen (§ 132 InsO)	144
4.	Vorsätzliche Benachteiligung (§ 133 InsO)	144
5.	Entgeltliche Verträge mit nahestehenden Personen (§ 133 Abs. 2 InsO)	146
6.	Unentgeltliche Leistungen (§ 134 InsO)	146
7.	Kapitalersetzende Darlehen (§ 135 InsO)	147
IV.	Rechtsfolgen der Anfechtung	148

8. Kapitel: Gläubigerforderungen

Vorbemerkung	151
I. Masseansprüche	152
1. Masseverbindlichkeiten gemäß §§ 54, 55 InsO	152
2. Masseverbindlichkeiten in der Nachlaßinsolvenz	153
3. Vorwegbefriedigung der Masseverbindlichkeiten	154
II. Eigentums- und insbesondere Sicherungsrechte Dritter im Insolvenzverfahren	154
1. Aussonderung als Befriedigung außerhalb des Insolvenzverfahrens	154
a) Ansprüche aus dinglichen Rechten	155
aa) Eigentum	155
bb) Sicherungseigentum und -abtretung	156
b) Ansprüche aus persönlichen Rechten	156
aa) Schuldrechtliche Ansprüche auf Herausgabe	156
bb) Ansprüche auf Rechtsübertragung	157
c) Ersatzaussonderung	157
aa) Abtretung der Gegenleistung	158
bb) Auskehr der zur Masse geflossenen Gegenleistungen .	159
2. Absonderung	161
a) Die zur Absonderung berechtigenden Rechte	161
aa) Absonderungsrechte an unbeweglichen Sachen	161
bb) Vertragspfandrechte	162
cc) Gesetzliche Pfandrechte	162
dd) Pfändungspfandrechte	163
ee) Zurückbehaltungsrechte	163
ff) Sonstige Absonderungsrechte außerhalb der Insolvenzordnung	163
gg) Sicherungsübertragungen	164
aaa) Sicherungsübereignung	164
bbb) Eigentumsvorbehalt	166
ccc) Globalzession	168
b) Teilnahme der absonderungsberechtigten Gläubiger am Insolvenzverfahren	168
aa) Forderungsanmeldung	168

bb)	Teilnahme mit der gesicherten Forderung an Verteilungen	169
cc)	Rechte der absonderungsberechtigten Gläubiger in Gläubigerversammlungen	170
c)	Absonderungsrechte im Insolvenzplanverfahren	170
d)	Sicherheitenverwertung im eröffneten Verfahren durch den Verwalter	171
aa)	Immobilienverwertung	172
aaa)	Einstellung der Zwangsversteigerung	172
bbb)	Einstellung der Zwangsverwaltung	174
bb)	Mobilien im Besitz des Verwalters und zur Sicherheit zedierte Forderungen	174
aaa)	Übergang des Verwertungsrechts auf den Verwalter	174
bbb)	Unterrichtung des Gläubigers über das Sicherungsgut vor der Verwertung	175
(1)	Sachen	175
(2)	Forderungen	176
ccc)	Auskunft nach der Verwertung	176
cc)	Mitteilung der Veräußerungsabsicht	177
dd)	Verzinsung der gesicherten Forderungen	178
ee)	Erlösverteilung und Kostenbeteiligung des Gläubigers	179
aaa)	Feststellungskosten	179
bbb)	Verwertungskosten	180
ccc)	Umsatzsteuer	180
ddd)	Erhaltungskosten	180
ff)	Verwendung des Sicherungsgegenstandes durch den Verwalter	181
e)	Ersatzabsonderung	181
III.	Insolvenzforderungen	182
1.	Insolvenzforderungen und nachrangige Insolvenz- forderungen	182
2.	Nachrangige Insolvenzforderungen in der Nachlaßinsolvenz .	183
3.	Besondere Forderungen	183
a)	Nicht fällige und bedingte Forderungen	183
b)	Gesamtschuldner und Bürgen	184
c)	Nicht in D-Mark ausgedrückte Forderungen	184
d)	Wiederkehrende Leistungen	184
IV.	Forderungsanmeldung und Prüfungsergebnis	185
1.	Masseverbindlichkeiten	185
2.	Insolvenzforderungen	185
a)	Anmeldung der Forderungen	185
b)	Prüfung der Forderungen und Prüfungstermin	186
c)	Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen	186

3.	Nachrangige Insolvenzforderungen	187
4.	Prüfungsergebnis	188
V.	Klageweise Durchsetzung der Insolvenzforderungen	188
1.	Feststellungsklage des Gläubigers	189
a)	Zuständiges Gericht	189
b)	Klageantrag	190
2.	Feststellungsklage bei „vorläufigem Bestreiten“	191
3.	Anhängige Klage des Gläubigers zur Zeit der Eröffnung des Insolvenzverfahrens (§ 180 Abs 2 InsO)	191
4.	Feststellungsklage gegen titulierte Forderungen des Gläubigers (§ 179 Abs 2 InsO)	192
5.	Klage gegen einen Widerspruch des Schuldners (§ 184 InsO) .	192
6.	Kosten	192
a)	Gerichtskosten	193
b)	Rechtsanwaltskosten	194
c)	Kostentragung	194

9. Kapitel: Die Rechtsstellung der Arbeitnehmer in der Insolvenz

Vorbemerkung	196
I. Allgemeines	196
II. Fortbestehende Arbeitsverhältnisse	196
1. Rechtslage vor der Verfahrenseröffnung	197
2. Rechtslage nach der Verfahrenseröffnung	199
a) Fortbestand und Kündigung von Arbeitsverhältnissen	199
aa) Kündigungsschutzgesetz	201
bb) Kollektivrechtliche Ansprüche	203
cc) Sonstige Kündigungsschutzbestimmungen	205
b) Nach Eröffnung des Insolvenzverfahrens begründete Arbeitsverhältnisse	207
c) Noch nicht angetretene Dienstverhältnisse (§§ 113, 103 Abs. 1 Satz 1 InsO)	208
d) Befriedigung der Lohnansprüche der Arbeitnehmer	208
aa) Vor Eröffnung entstandene Lohnansprüche	208
bb) Nach Eröffnung entstandene Lohnansprüche	209
cc) Insolvenzgeld	210
e) Sonstige Ansprüche	212
aa) Arbeitnehmererfindungen	213
bb) Rentenansprüche und Rentenanwartschaften	214
cc) Urlaubs- und Zeugnisansprüche	215
f) Betriebsänderungen in der Insolvenz	215
aa) Kündigung von Betriebsvereinbarungen	215
bb) Betriebsänderungen und Vermittlungsverfahren	218

cc) Gerichtliche Zustimmung zur Durchführung einer Betriebsänderung	219
dd) Sozialplanregelungen in der Insolvenz	224
ee) Interessenausgleich und Kündigungsschutz	227
ff) Beslußverfahren zum Kündigungsschutz	229
g) Der Betriebsübergang in der Insolvenz	232
III. Zum Zeitpunkt der Verfahrenseröffnung beendete Arbeitsverhältnisse	236
1. Rechtslage vor der Verfahrenseröffnung	236
2. Rechtslage nach der Verfahrenseröffnung	237
IV. Der Arbeitnehmer in der Gläubigerversammlung	238

10. Kapitel: Die Gläubigerversammlung

Vorbemerkung	241
I. Aufgaben und Befugnisse der Gläubigerversammlung	241
1. Berichtstermin	242
2. Prüfungstermin	242
3. Erörterungs- und Abstimmungstermin	243
4. Schlußtermin	243
5. Weitere Aufgaben und Befugnisse	244
II. Einberufung und Einberufungsfristen der Gläubigerversammlung	248
1. Berichts- und Prüfungstermin	248
a) Berichtstermin	249
b) Prüfungstermin	249
2. Weitere Gläubigerversammlungen	249
a) Einberufung von Amts wegen und gesetzliche Terminsvorgaben	249
b) Einberufung auf Antrag und gesetzliche Terminsvorgaben	250
aa) Antragsberechtigung	251
bb) Einberufungsfrist	252
cc) Rechtsmittel	253
3. Bekanntmachung und Ladung	253
a) Bekanntmachung	253
aa) Berichts- und Prüfungstermin	253
bb) Weitere Gläubigerversammlungen	255
b) Ladungsfrist	256
4. Versammlungsort	256
5. Tagesordnung	257
III. Leitung der Gläubigerversammlung	257
IV. Teilnahmeberechtigung an der Gläubigerversammlung	259
1. Teilnahmerecht Betroffener	259
2. Zulassung anderer Personen	260
V. Beslußfassung in der Gläubigerversammlung	261
1. Beslußfähigkeit	261

2.	Zustandekommen von Beschlüssen	262
a)	Grundfall	262
b)	Sonderfall des Insolvenzplans	263
3.	Stimmberechtigung	264
a)	Umfang des Stimmrechts	264
b)	Berechnung des Stimmrechts absonderungsberechtigter Gläubiger	265
aa)	Stimmrecht bei persönlicher Haftung	265
bb)	Stimmrecht bei Sicherung einer Forderung gegen einen Dritten	265
cc)	Stimmrecht bei teilweiser Sicherung	266
c)	Feststellung des Stimmrechts aufschiebend bedingter und absonderungsberechtigter Forderungen	266
d)	Stimmrecht noch nicht geprüfter Forderungen	268
e)	Stimmverbote	269
f)	Sonderfall des Insolvenzplans	270
4.	Nichtigkeit von Beschlüssen	271
5.	Aufhebung von Beschlüssen durch das Insolvenzgericht	272
6.	Änderung von Beschlüssen durch die Gläubigerversammlung	276
VI.	Ablauf der Gläubigerversammlung	276
1.	Berichtstermin	276
a)	Bericht des Insolvenzverwalters	277
b)	Wahl eines anderen Insolvenzverwalters	277
c)	Beschluß über den Fortgang des Verfahrens	278
d)	Einsetzung eines Gläubigerausschusses und Benennung der Mitglieder	278
e)	Weitere Entscheidungen im Berichtstermin	279
2.	Prüfungstermin	279
3.	Erörterungs- und Abstimmungstermin	281
4.	Schlußtermin	281
VII.	Anleihegläubigerversammlung	284

11. Kapitel: Der Gläubigerausschuß

Vorbemerkung	286	
I.	Bestellung oder Wahl eines Gläubigerausschusses	287
1.	Bestellung des vorläufigen Gläubigerausschusses durch das Gericht	287
a)	Zusammensetzung des vorläufigen Gläubigerausschusses . .	287
b)	Gerichtliche Bestellung	288
c)	Rechte und Pflichten/Beendigung der Mitgliedschaft . . .	288
2.	Von der Gläubigerversammlung eingesetzter Gläubigerausschuß	288
a)	Beschlußfassung und Wahl	289

b)	Mitglieder des Gläubigerausschusses	289
c)	Wählbarkeit	290
d)	Beendigung der Ausschußmitgliedschaft	291
II.	Aufgaben und Befugnisse des Gläubigerausschusses	292
1.	Gläubigerausschuß als Kollegialorgan	292
2.	Rechtsstellung gegenüber den Gläubigern	293
3.	Rechtsstellung gegenüber dem Insolvenzgericht	294
4.	Rechtsstellung gegenüber dem Insolvenzverwalter	295
	a) Unterstützung des Verwalters und Befugnisse des Gläubigerausschusses	295
	b) Kontrollpflicht	295
	aa) Berichterstattung	296
	bb) Kassenprüfung	296
	cc) Interessenkollisionen	297
5.	Zustimmungspflichtige Rechtshandlungen	298
6.	Zustimmungserfordernisse in anderen Fällen	299
	a) Zustimmung zu bedeutsamen Rechtshandlungen bei Eigenverwaltung des Schuldners	299
	b) Zustimmung bei Gewährung von Unterhalt aus der Insolvenzmasse	300
	c) Zustimmung bei Antrag des Verwalters auf Zurückweisung eines Insolvenzplanes	300
	d) Zustimmung bei Fortsetzung der Verwertung im Planverfahren	300
	e) Zustimmung bei Geschäftsstilllegung	301
7.	Mitbestimmungsrechte des Gläubigerausschusses	302
	a) Mitbestimmung bei Geldanlagen	302
	b) Mitbestimmung bei Abschlagsverteilung	303
8.	Mitwirkungsrechte des Gläubigerausschusses	303
	a) Quittierungspflicht nach § 149 Abs. 2 InsO	303
	b) Mitwirkung bei der Aufstellung eines Insolvenzplanes	304
9.	Anhörungsrechte des Gläubigerausschusses	304
	a) Stellungnahme im Berichtstermin	304
	b) Anhörung bei Verfahrenseinstellung	305
	c) Stellungnahme zur Schlußrechnung des Verwalters	305
10.	Informationsrechte des Gläubigerausschusses	306
	a) Informationsrecht während der Planüberwachung	306
	b) Anzeigepflicht bei Eigenverwaltung	306
	c) Informationen über die Vergütungsfestsetzung	306
	d) Information über Verfahrensaufhebung	307
III.	Arbeitsweise des Gläubigerausschusses	307
1.	Einberufung einer Gläubigerausschußsitzung	307
	a) Recht zur Einberufung	307
	b) Form und Frist	308
2.	Sitzungsteilnehmer	309

3.	Ablauf von Gläubigerausschusssitzungen	309
a)	Tagesordnung	310
b)	Beschlußfassung, Stimmrecht	310
c)	Protokoll	311
4.	Haftung der Gläubigerausschußmitglieder	312
a)	Pflichtenkreis	312
aa)	Kausalität	312
bb)	Verschulden	312
b)	Gesamtschuldnerische Haftung	313
c)	Geltendmachen des Schadens	313
d)	Verjährung der Ersatzansprüche	313
5.	Vermögensschadenhaftpflichtversicherung der Ausschußmitglieder	314

12. Kapitel: Weitere Informations- und Mitwirkungsrechte der Gläubiger

Vorbemerkung	315	
I.	Informationsrechte	315
1.	Informationen in Gläubigerversammlungen	316
2.	Akteneinsicht	316
a)	Akteneinsichtsrecht der Verfahrensbeteiligten	317
b)	Akteneinsichtsrecht dritter Personen	318
II.	Auskunftspflicht des Verwalters	318
1.	Anfragen nach dem Stand des Verfahrens	319
2.	Anfragen zur Wahrung von Verfahrensrechten	319
3.	Anfragen zur materiellen Durchsetzung der eigenen Forderung	319
4.	Anfragen im Zusammenhang mit Sicherungsrechten	320
III.	Unterstützung und Überwachung des Verwalters	320
1.	Hinweise an den Verwalter oder das Gericht	321
a)	Hinweise und Anregungen an den Verwalter	321
b)	Hinweise und Anregungen an das Gericht	322
2.	Anträge an das Gericht	322
IV.	Kooperation mit anderen Gläubigern	323

13. Kapitel: Der Insolvenzplan

Vorbemerkung	327	
I.	Planinitiativrecht, Planinhalt und Planverfahren	328
1.	Vorlageberechtigte und zeitliche Grenzen für die Vorlage eines Insolvenzplanes	328
a)	Vorlageberechtigte Personen	328
b)	Zeitliche Grenzen für die Vorlage des Insolvenzplanes	329
c)	Parallele Planinitiative	330

2.	Gliederung und Inhalt des Insolvenzplanes	330
a)	Der darstellende Teil des Insolvenzplanes	331
aa)	Vorgesehene Maßnahmen nach Verfahrenseröffnung .	331
bb)	Sonstige entscheidungserhebliche Angaben	331
b)	Der gestaltende Teil des Insolvenzplanes	332
c)	Anlagen zum Insolvenzplan	333
aa)	Vergleichende Vermögensübersicht, Ergebnis- und Finanzplan	333
bb)	Sonstige Anlagen, § 230 InsO	333
d)	Die Gläubigergruppen	334
aa)	Gesetzlich vorgeschriebene Gläubigergruppen . .	334
bb)	Weitere Gläubigergruppen	335
e)	Plananforderungen des Gesetzgebers für einzelne Gläubigergruppen und den Schuldner	336
aa)	Absonderungsberechtigte Gläubiger	336
bb)	Nicht nachrangige Gläubiger	336
cc)	Nachrangige Gläubiger	336
dd)	Schuldner	336
f)	Gleichbehandlung innerhalb der Gläubigergruppen und Einflußnahme des Planinitiators auf die Planakzeptanz durch Gruppenbildung	336
aa)	Gleichbehandlungsgrundsatzz	336
bb)	Einflußnahme auf das Abstimmungsergebnis durch entsprechende Gruppenbildung	337
g)	Begrenzung der Haftung des Schuldners	338
h)	Änderungen sachenrechtlicher Verhältnisse	338
3.	Prüfung des Planes durch das Insolvenzgericht; Einzuholende Stellungnahmen	339
a)	Vorprüfung des Planes und ggf. Zurückweisung durch das Insolvenzgericht	339
aa)	Zurückweisung wegen Verletzung von Rechtsvorschriften	339
bb)	Zurückweisung wegen offensichtlicher Unannehmbarkeit	339
cc)	Zurückweisung wegen Unschlüssigkeit des Planes .	340
dd)	Zurückweisung auf Antrag	340
ee)	Rechtsmittel gegen die gerichtliche Zurückweisung .	340
b)	Einzuholende Stellungnahmen	340
c)	Niederlegung des Planes, Einsichtsrecht	341
d)	Aussetzung von Verwertung und Verteilung	341
aa)	Gefährdung des Planes durch Verwertungsmaßnahmen	341
bb)	Keine Aussetzung bei Nachteilen für die Insolvenzmasse oder auf Antrag des Verwalters	342
4.	Annahme und Bestätigung des Planes	343

a)	Erörterungs- und Abstimmungstermin	343
aa)	Bekanntmachung/Ladung	343
bb)	Erörterung und Änderung des Insolvenzplanes	345
cc)	Gesonderter Abstimmungstermin	346
b)	Feststellung der Stimmrechte der Insolvenzgläubiger	346
aa)	Nicht bestrittene Forderungen	347
bb)	Bestrittene Forderungen	347
cc)	Absonderungsberechtigte Gläubiger als Insolvenzgläubiger	347
dd)	Nachrangige Insolvenzforderungen	348
ee)	Insolvenzforderungen ohne Stimmrecht	348
ff)	Stimmrecht absonderungsberechtigter Gläubiger und sonstige Besonderheiten	348
gg)	Aufnahme des Stimmrechts in die Stimmliste	349
c)	Abstimmungsverfahren	349
aa)	Besonderheiten bei der Abstimmung in einem gesonderten Abstimmungstermin	350
bb)	Abstimmung in Gruppen	350
cc)	Erforderliche Mehrheiten	351
dd)	Zustimmung nachrangiger Insolvenzgläubiger	352
d)	Gerichtliche Ersetzung der fehlenden Zustimmung (Obstruktionsverbot)	353
aa)	Voraussetzung für die Zustimmung	354
bb)	Prüfung der Zustimmungsfiktion durch das Insolvenzgericht	354
cc)	Entscheidung/Rechtsmittel	356
e)	Zustimmung des Schuldners	357
aa)	Zustimmungsfiktion	357
bb)	Beachtlicher Widerspruch	358
cc)	Entscheidung/Rechtsmittel	359
f)	Minderheitenschutz	359
aa)	Zulässigkeit des Antrages	360
bb)	Begründetheit des Antrages	360
cc)	Entscheidung/Rechtsmittel	360
g)	Gerichtliche Bestätigung des Insolvenzplanes	360
aa)	Bedingter Plan	361
bb)	Sonstige Voraussetzungen für die Bestätigung durch das Gericht	361
cc)	Entscheidung/Bekanntgabe/Rechtsmittel	361
II.	Wirkungen und Folgen des bestätigten Planes und die Überwachung der Planerfüllung	362
1.	Die allgemeinen Wirkungen des Planes	362
a)	Dingliche Rechte	362
b)	Rechte der Insolvenzgläubiger gegenüber Mithäftenden	363
c)	Kein Rückgewähranspruch für überobligatorische Leistungen	363

2. Titelwirkung des Planes	364
3. Aufhebung und Wirkungen der Aufhebung des Insolvenzverfahrens	364
a) Aufhebung des Insolvenzverfahrens	364
b) Wirkungen der Aufhebung	365
4. Rechtsfolgen bei Nichterfüllung der im Plan festgeschriebenen Verpflichtungen	365
a) Wiederaufleben von Gläubigerforderungen	365
b) Streitige Forderungen/Ausfallforderungen	366
5. Die Überwachung der Planerfüllung und Kreditnahmen für Neukredite (§§ 260 ff InsO)	366
a) Aufgaben und Befugnisse des Insolvenzverwalters während der Planüberwachung	367
b) Berichts- und Anzeigepflichten des Insolvenzverwalters	368
aa) Berichtspflichten	368
bb) Anzeigepflichten	368
c) Zustimmungsbedürftige Geschäfte	369
d) Kreditrahmen und vorrangige Forderungen	370
aa) Voraussetzungen für eine rangmäßige Begünstigung	371
bb) Nachrang von Neugläubigern	371
cc) Berücksichtigung des Nachrangs	372
e) Bekanntmachung der Überwachung	373
f) Die Aufhebung der Überwachung	374
g) Kosten der Überwachung	374

14. Kapitel: Eigenverwaltung des Schuldners

Vorbemerkung	377
I. Verfahren nach Eingang eines Eigenverwaltungsantrages	378
1. Sicherungsmaßnahmen	378
2. Prüfung der Voraussetzungen	379
II. Voraussetzungen der Eigenverwaltung gemäß § 270 InsO	380
1. Eigenverwaltungsantrag des Schuldners	380
a) Zustimmungserfordernis des antragstellenden Gläubigers	380
b) Einflussmöglichkeiten des Gläubigers	380
2. Keine Gefährdung von Gläubigerinteressen	381
III. Rechtsstellung des Sachwalters	381
1. Aufsichtsfunktionen	382
a) Überwachung der Geschäftsführung	382
b) Prüfung des Masseverzeichnisses, der Forderungs anmeldungen und des Verteilungsverzeichnisses	382
2. Mitwirkungsrechte des Sachwalters	383
a) Gesetzliche Zustimmungs- und Widerspruchsrechte	383
b) Angeordnete Zustimmungsrechte	384
c) Erstellung des Insolvenzplans	384

3. Ausschließliche Handlungsbefugnisse des Sachwalters	385
4. Aufgabenverteilung von Schuldner und Sachwalter	385
IV. Befugnisse und Aufgaben des Schuldners	385
1. Entnahme von Mitteln zur Lebensführung	386
2. Kündigung von gegenseitigen Verträgen und Wahlrecht	386
3. Verwertung und Verwendung von Sicherungsgut	387
4. Aufstellung des Verteilungsverzeichnisses und Verteilung	387
5. Aufstellung des Insolvenzplans	388
V. Einflußmöglichkeiten und Rechte der Gläubiger	388
1. Zustimmung des Gläubigerausschusses	388
2. Antrag auf Anordnung der Zustimmungsbedürftigkeit	389
a) Antrag der Gläubigerversammlung (§ 277 Abs. 1 InsO)	389
b) Antrag des einzelnen Gläubigers (§ 277 Abs. 2 InsO)	389
c) Öffentliche Bekanntmachung	389
VI. Aufhebung der Eigenverwaltungsanordnung	390
1. Antrag des Schuldners	390
2. Antrag durch Gläubigerversammlung	390
3. Antrag durch den einzelnen Gläubiger	390
4. Öffentliche Bekanntmachung	391
5. Rechtsmittel gegen Aufhebungbeschluß	391

15. Kapitel: Beendigung des Insolvenzverfahrens

Vorbemerkung	392
I. Aufhebung des Verfahrens und seine Voraussetzungen	393
1. Aufhebung nach dem Vollzug der Schlußverteilung (§ 200 InsO)	393
a) Schlußrechnung des Verwalters	394
b) Bekanntmachung von Forderungssumme und Verteilungsbetrag	395
c) Schlußtermin aa) Zeitpunkt des Schlußtermins	396
bb) Durchführung des Schlußtermins	397
cc) Beschlüffassungen im Schlußtermin	397
d) Schlußverteilung	398
e) Aufhebung	399
2. Aufhebung des Verfahrens nach Rechtskraft des Insolvenzplans (§ 258 InsO)	399
II. Die Einstellung des Verfahrens	400
1. Einstellung mangels Masse (§ 207 InsO)	401
a) Verfahren	401
b) Abwendung durch Massekostenvorschuß	402
c) Rechtsmittel	402
d) Bekanntmachung und Wirkung des Beschlusses	402

2. Einstellung nach Anzeige der Masseunzulänglichkeit (§ 211 InsO)	402
a) Anzeige der Masseunzulänglichkeit	403
b) Verwertung und Verteilung des vorhandenen Vermögens . .	404
c) Bekanntmachung der Masseunzulänglichkeit	404
d) Vollstreckungsverbot	404
e) Verteilung	404
f) Einstellungsbeschluß	405
3. Einstellung wegen Wegfall des Eröffnungsgrundes (§ 212 InsO)	406
a) Beseitigung des Insolvenzgrundes	406
b) Einstellungsverfahren	407
c) Einstellungsbeschluß	407
4. Einstellung mit Zustimmung der Gläubiger (§ 213 InsO)	407
a) Antrag des Schuldners	407
b) Sicherheitsleistung	408
c) Anhörung und Bekanntmachung	408

16. Kapitel: Die Restschuldbefreiung

Vorbemerkung	409
I. Verfahren	410
1. Antrag	410
2. Abtretungserklärung	411
3. Entscheidung durch das Insolvenzgericht	412
4. Treuhänder	414
5. Versagung während der Wohlverhaltensphase	415
a) Obliegenheitsverletzung	415
b) Insolvenzstrafat	416
c) Mindestvergütung des Treuhänders	416
d) Rechtsmittel	416
6. Entscheidung am Ende der Wohlverhaltensphase	417
7. Widerruf	417
II. Materielle Voraussetzungen	417
1. Eröffnung des Insolvenzverfahrens	417
2. Prozeßkostenhilfe	418
3. Begünstigter Personenkreis	419
4. Redlichkeit	420
a) Insolvenzstrafat	420
b) Betrug	420
c) Vorausgegangene Restschuldbefreiung	420
d) Gläubigerschädigung	421
e) Verletzung von Mitwirkungspflichten	421
f) Pflichtverletzung bei der Verbraucherinsolvenz	421
5. Beachtung von Obliegenheiten während der Wohlverhaltensphase	421

a) Erwerbstätigkeit	422
b) Sonstiger Vermögenserwerb	422
c) Auskunfts- und Informationspflichten	423
d) Gleichmäßige Gläubigerbefriedigung	423
III. Wirkung	423

17. Kapitel: Außergerichtliche Schuldenbereinigung und Verbraucherinsolvenzverfahren

Vorbemerkung	426
I. Anwendungsbereich und systematischer Aufbau der Verbraucherinsolvenzvorschriften	428
1. Persönlicher Anwendungsbereich	428
a) Verbraucher	428
b) Geringfügig selbständig Tätige	428
2. Systematischer Aufbau des Verbraucherinsolvenzverfahrens .	430
II. Der außergerichtliche Schuldenbereinigungsplan	431
1. Darstellender Teil des Planes	432
a) Verzeichnis über Vermögens- und Einkommensverhältnisse .	432
b) Verzeichnis über die Verbindlichkeiten	433
c) Verbraucherkreditgesetz	434
2. Gestaltender Teil des Planes	434
a) Plan ohne Quotenausschüttung („Null-Plan“)	435
b) Plan auf Basis der Regelungen über die Restschuldbefreiung	435
c) Plan mit überobligatorischen Leistungen	436
3. Verfahren und Rechtsfolgen der außergerichtlichen Schuldenbereinigung	437
a) Verfahren bis zur Einigung	437
b) Annahme/Ablehnung des Planes	438
III. Gerichtliche Schuldenbereinigung im Eröffnungsverfahren	439
1. Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens	439
a) Antrag des Schuldners	439
b) Verfahren bei Antrag eines Gläubigers	440
aa) Parallelantrag des Schuldners	440
bb) Keine außergerichtliche Schuldenbereinigung bei Parallelantrag	440
2. Zusätzliche Anforderungen an den Eröffnungsantrag des Schuldners	441
a) Angaben zur Zulassung des Antrages	441
b) Bescheinigung über erfolglos versuchte Schuldenbereinigung	441
c) Antrag auf Restschuldbefreiung	443
d) Zu erstellende Verzeichnisse	444
aa) Verzeichnisse	444
bb) Mitwirkungspflichten der Gläubiger	445

cc) Erklärung des Schuldners über Vollständigkeit und Richtigkeit seiner Angaben	446
e) Schuldenbereinigungsplan	446
aa) Planinhalt	446
bb) Angaben zu Gläubigersicherheiten	447
3. Prozeßkostenhilfe für das Verbraucherinsolvenzverfahren	449
4. Verfahren bis zur Entscheidung über den Schuldenbereinigungsplan	450
a) Ruhen des Eröffnungsverfahrens	450
b) Ergänzung des Schuldnerantrages	451
c) Anordnung von Sicherungsmaßnahmen durch das Gericht	451
d) Zustellungen an die Gläubiger	452
aa) Information der Gläubiger	452
bb) Aufforderung zur Stellungnahme	452
cc) Fristberechnung	453
5. Annahme/Ablehnung des Schuldenbereinigungsplanes	453
a) Annahme des Schuldenbereinigungsplanes	453
b) Ersetzung fehlender Zustimmungen durch das Insolvenzgericht	454
aa) Mehrheitserfordernisse	454
bb) Voraussetzungen für die gerichtliche Ersetzung der fehlenden Zustimmungen	454
cc) Angemessene Beteiligung im Verhältnis zu den übrigen Gläubigern	455
dd) Wirtschaftliche Schlechterstellung gegenüber einer Restschuldbefreiung	456
ee) Rechtsbehelfe	457
c) Rechtsfolgen der Ablehnung/Annahme des Schuldenbereinigungsplanes	457
aa) Wiederaufnahme des Verfahrens	457
bb) Rücknahmefiktion für Eröffnungsantrag	457
cc) Vergleichswirkung des Planes	457
dd) Folgen der Nickerfüllung des Planes	458
ee) Vollstreckung aus dem Plan	458
IV. Das vereinfachte (Verbraucher-)Insolvenzverfahren	459
1. Fortsetzung des Eröffnungsverfahrens/Antragsrücknahme	459
2. Eröffnungsvoraussetzungen	460
a) Insolvenzgründe	460
b) Kostendeckung	461
c) Einstweilige Sicherungsmaßnahmen	461
d) Eröffnungsbeschuß	462
3. Besonderheiten des Verfahrensablaufes	462
a) Treuhänder	463
b) Anfechtung durch Insolvenzgläubiger	464
c) Gläubigerversammlung/Gläubigerausschuß	465

d) Schriftliches Verfahren	466
e) Verwertung der Insolvenzmasse	466
f) Verteilung der Insolvenzmasse	467
g) Beendigung des vereinfachten Verfahrens	468
18. Kapitel: Nachlaßinsolvenzverfahren und sonstige besondere Insolvenzverfahren	
Vorbemerkung	469
I. Das Nachlaßinsolvenzverfahren	470
1. Besondere gerichtliche Zuständigkeit	470
2. Der Eröffnungsantrag	471
a) Antragsberechtigte	471
b) Pflicht zur Antragstellung	472
c) Antragsfrist	472
d) Gerichtliche Anhörungspflichten	472
3. Insolvenzeröffnungsgründe	473
4. Verfahrenseröffnung und deren Wirkung	473
5. Anfechtbare Rechtsgeschäfte	474
6. Forderungsanmeldung	475
7. Besonderheiten bei gleichzeitiger Insolvenz der Erben	475
a) Nachlaßforderung	476
b) Verteilung	476
c) Stimmrecht im Insolvenzplanverfahren	477
d) Stimmrecht in der Gläubigerversammlung	477
8. Unterschiedliche Verteilungsregelung	478
a) Masseverbindlichkeiten	478
b) Insolvenzgläubiger	479
c) Nachrangige Verbindlichkeiten	479
9. Beendigung des Nachlaßinsolvenzverfahrens	480
II. Insolvenzverfahren über das eheliche Gesamtgut	480
1. Ehrechteliche Güterstände	481
a) Sondergut	481
b) Vorbehaltsgut	482
c) Gesamtgut	482
d) Fortgesetzte Gütergemeinschaft	483
2. Insolvenzrechtliche Besonderheiten bei vereinbarter Gütergemeinschaft	483
a) Insolvenzverfahren über das Vermögen eines Ehegatten bei Alleinverwaltungsbefugnis	483
b) Insolvenzverfahren über das gemeinschaftlich verwaltete Gesamtgut einer Gütergemeinschaft	484
c) Insolvenzverfahren über das Gesamtgut einer fortgesetzten Gütergemeinschaft	485